



**GEMEINSAM**  
für soziale  
Gerechtigkeit

**ENSEMBLE**  
pour la justice  
sociale

**INSIEME**  
per la giustizia  
sociale

**UNIA**

## Resolution

# Investitionen der Suva und die Situation in Palästina

Die SUVA ist die grösste Unfallversicherung des Landes: Fast die Hälfte aller in der Schweiz arbeitenden Menschen sind bei ihr gegen Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Unfälle ausserhalb des Arbeitsplatzes versichert. Sie ist eine öffentlich-rechtliche Kasse, weshalb sich ihre Tätigkeiten an das Recht halten müssen.

Wir haben durch die Arbeit von Gewerkschafter:innen und Anwält:innen erfahren, dass die Suva erhebliche Investitionen in Körperschaften hält, die an Verletzungen des Völkerrechts u.a. in Palästina mitschuldig sind:

- CHF 15'464'742.40 in israelischen Staatsanleihen
- CHF 6'746'573.66 in Anleihen der Hapoalim Bank
- CHF 2'848'153.26 in Anleihen der Leumi Bank

Im Juni hat die Unia durch die Demonstration in Bern den Bundesrat aufgefordert, in Solidarität mit Palästina zu handeln. Wir sind der Meinung, dass wir, um zu diesen Bemühungen beizutragen, auch eine Rolle zu spielen haben. Es ist an der Zeit, unsere gewerkschaftlichen Resolutionen in Taten umzusetzen – insbesondere in den Instanzen, in denen wir einen direkten Entscheidungshebel haben.

Für uns ist es inakzeptabel, dass unsere Pflichtbeiträge einen Staat finanziell unterstützen, der sich schwerer und systematischer Verstöße gegen das Völkerrecht schuldig gemacht hat und wichtige finanzielle Akteure des illegalen Kolonialregimes im Westjordanland sind.

Wir fordern daher:

- Die Suva muss sich so schnell wie möglich von israelischen Staatsanleihen sowie von Hapoalim- und Leumi-Anleihen zu trennen.
- Die Unia soll ihre Vertreter:innen im Suva-Rat beauftragen, diese Forderung klar zu vertreten.
- Die Unia soll sich beim SGB dafür einsetzen, dass dieser sich ebenfalls in diesem Sinne engagiert.